

Synopse

der Europawahlprogramme der Parteien

CDU | SPD | FDP | Die Grünen | Die Linke | AfD

Eine Arbeitgeber-Übersicht

erstellt durch die Brüsseler Büros von



Unsere Position

Die Europäische Union muss ihre Kräfte bündeln und sich auf die großen Herausforderungen konzentrieren. Die Schlüsselbereiche für MEHR Europa liegen in der Finanzpolitik, in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Energie- und Wachstumspolitik. Konzentration auf die Kernaufgaben und die notwendigen Freiräume für die Mitgliedstaaten schaffen Vertrauen für ein starkes Europa. Dazu gehören auch die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips und die Entlastung von unnötiger Bürokratie.

Zukunft der EU

CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
<p>+++ Wahrung des Subsidiaritätsprinzips: EU muss sich auf die Aufgaben konzentrieren, die nur gesamteuropäisch bewältigt werden können +++ keine Überforderung der Mitgliedstaaten +++ Rückführung von Kompetenzen auf die nationale Ebene ermöglichen</p>	<p>+++ Neuausrichtung der EU auf einen Mehrwert für die Bürger +++ Subsidiarität: EU soll nur das regeln, was nicht lokal, regional oder national besser geregelt werden kann +++ Notwendigkeit einer „Kultur der Zurückhaltung in der Gesetzgebung“ +++ Stärkere Nutzung der verstärkten Zusammenarbeit, um Europa voranzubringen +++ Initiierung eines europäischen Kongresses für eine Vision für die Zukunft der EU</p>	<p>+++ Schlankere Organisation und demokratischere Entscheidungen in der EU +++ Weniger Bürokratie, mehr Bürgernähe, mehr Transparenz +++ Mehr Eigenverantwortung der Bürger +++ mehr Subsidiarität +++ Größerer Spielraum für nationale oder regionale Lösungen +++ Stärkung der EU in ihren Kernbereichen, Rückübertragung von Kompetenzen an die Mitgliedstaaten +++ Weitere Hoheitsübertragung nur nach Volksabstimmung +++ Integration mit verschiedenen Geschwindigkeiten langfristig: föderaler Bundesstaat mit gemeinsamer Verfassung</p>	<p>+++ Stärkung der Mitbestimmung von Kommunen und Regionen +++ Stärkere Anwendung des Subsidiaritätsprinzips für bürgernähere Entscheidungen +++ Einberufung eines Konvents zur Diskussion über EU-Vertragsänderungen, um EU-Wirtschafts- und Sozialpolitik stärker demokratisch zu legitimieren</p>	<p>+++ Neustart der EU, damit die EU stärker soziale, ökologische und globale Probleme löst +++ Erhöhung des EU-Haushalts von 1,23 % auf 3 % des EU-BNP, um soziale Politik auf EU-Ebene beschließen zu können +++ Europaweite Einführung von Volksentscheiden +++ Neue Verfassung für Europa, die auf Demokratie, Sozialstaatlichkeit, Frieden und Rechtsstaatlichkeit abzielt</p>	<p>+++ EU als Zusammenschluss souveräner Staaten +++ Subsidiarität statt Zentralismus, Wettbewerb statt Gleichmacherei und Harmonisierung +++ Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitik +++ Flexibles Netzwerk der verschiedenen Geschwindigkeiten bei der EU-Integration +++ Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten überprüfen und Kompetenzen möglichst an die Mitgliedstaaten zurückgeben +++ Einrichtung eines Subsidiaritäts-Gerichtshofes</p>

Unsere Position						
Die EU muss den eingeschlagenen Reformweg konsequent weitergehen: stabile Gemeinschaftswährung, solide Staatsfinanzen, weiterer Abbau der Neuverschuldung, Fokussierung der EU-Politik auf globale Wettbewerbsfähigkeit: so wird Wachstum, Beschäftigung und Innovation erzielt.						
Bewältigung der Wirtschaftskrise	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
		+++ Schaffung einer Banken-Union +++ Gegen eine Schuldenvergemeinschaftung +++ Bekenntnis zu einem starken Euro +++ Weiterer Abbau der Neuverschuldung, ausgeglichene Haushalte und strikte Einhaltung nationaler Schuldenbremsen +++ unabhängige Europäische Zentralbank +++ Staatshilfen nur gegen strikte Auflagen +++ stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Euro-Länder +++ Fokussierung der EU-Ausgaben auf Wachstum, Beschäftigung und Innovation +++	+++ Schaffung einer Banken-Union +++ Einführung der Finanztransaktionssteuer gegen Spekulationen +++ Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit durch einen „Rettungsschirm für Europas Jugend“ – Aufstockung der Finanzhilfen +++ Konsequente Konsolidierungspolitik gepaart mit Wachstumsanreizen für Innovation, Beschäftigung und (Aus)-Bildung +++ Verbindliche sozial- und beschäftigungspolitische Ziele im Europäischen Semester +++ Stärkung des Euro +++	+++ Staatshilfen nur bei entschlossenen Reformen +++ EU soll zur Stabilitätsunion werden – jeder Mitgliedsstaat muss seine Stabilitätsanfordernisse erfüllen +++ Keine Kollektivhaftung für die Schulden eines Mitgliedsstaates +++ Gegen schuldenfinanzierte Konjunkturpakete +++ Sanktionen bei Verstößen gegen Stabilitäts- und Wachstumspakt +++ Insolvenzrecht für Staaten schaffen, Euro-Austritt ermöglichen +++ Keine eigene Steuererhebung durch die EU +++ Gerade in Wirtschaftskrisen braucht es einen freien Binnenmarkt +++ Gezielte Investitionsanreize zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit	+++ Keine einseitige Spar- und Konsolidierungspolitik sondern Investitionen in die Energiewende, Klimaschutz und neue Infrastrukturen +++ Sozial-ökologische Modernisierung der Wirtschaft +++ Schaffung einer europäischen Banken-Union +++ Solidarische Haftung durch einen europäischen Alt-Schuldentilgungsfonds +++ Weniger wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik +++ Unbedingter Zusammenhalt der Euro-Zone +++ Sozial verträgliche Ausgestaltung der Konsolidierungsmaßnahmen +++ Abbau wirtschaftlicher Ungleichgewichte zwischen den EU-Mitgliedsstaaten +++	+++ Einführung einer Sozialcharta bei Hilfen für Krisenstaaten +++ Schaffung einer wirklichen Sozialunion mit Umverteilung und öffentlichen EU-Konjunkturprogrammen +++ Reichtum der Millionäre zur Finanzierung von sozialen oder ökologischen Investitionen heranziehen +++ Verschuldung der Krisenstaaten durch Schuldenschnitt und Millionärsabgabe senken +++ Abkehr von der einseitigen Sparpolitik +++ Binnennachfrage durch Lohnerhöhungen, öffentliche Investitionen ankurbeln +++ Einführung einer Bankenabgabe +++ Einführung von Euro-Bonds +++

Unsere Position

Der gemeinsame Binnenmarkt hat in den vergangenen Jahrzehnten entscheidend zum Aufbau von Wohlstand und Beschäftigung und damit zu sozialem Fortschritt in Europa beigetragen. Nachhaltige sozialpolitische Verbesserungen erfordern, dass die strukturellen Probleme an der Wurzel angegangen werden und die Länder zu Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum zurückfinden. Konstruktive Sozialpartnerschaften und eine Stärkung der Tarifautonomie sind entscheidend für den Erfolg der Reformanstrengungen. Die Sicherstellung globaler Wettbewerbsfähigkeit ist die zentrale Voraussetzung für eine starke soziale Dimension der EU. Ideen zur Vergemeinschaftung von Sozialversicherungssystemen lehnen wir ab.

Soziale Dimension der EU

CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
<p>+++ Soziale Marktwirtschaft als „beste Wirtschaftsordnung in einer solidarischen Gesellschaft“ +++ Chancen des gemeinsamen Arbeitsbinnenmarktes weiter verbessern +++ Europaweit gerechte, lebenswerte und gesundheitsschonende Arbeitsbedingungen +++ Willkommenskultur für Fachkräfte, aber Zuwanderung in soziale Sicherungssysteme verhindern +++ Tarifautonomie stärken – europäische Sozialpartnerschaft leben +++</p>	<p>+++ Notwendigkeit einer gerechten, demokratischen und sozialen Ordnung der Märkte, die dem Wohlstand Aller und nicht dem Reichtum Weniger verpflichtet ist +++ Aufbau einer europäischen Sozialunion +++ Europäischer Pakt für Mindestlöhne +++ Soziale Grundrechte stärken +++ Verankerung der Tarifautonomie im europäischen Recht +++ Europäische soziale Mindeststandards für ein möglichst hohes Schutzniveau +++ Gemeinsame europäische Ziele für nationale Sozial- und Bildungsausgaben +++</p>	<p>+++ Politik der sozialen Marktwirtschaft, die auf Wettbewerb setzt +++ Offene und nicht überregulierte Arbeitsmärkte, wo sich Löhne an der Produktivität orientieren +++ Ausgestaltung der Sozialsysteme und der Arbeitspolitik bleibt nationale Aufgabe +++</p>	<p>+++ Stärkung der sozialen Integration in Europa +++ Bekämpfung der Schieflage zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Rechten +++ Europäische Mindeststandards für Armutsbekämpfung, Bildung und sozialer Inklusion +++ Vorrang von Sozial- und Arbeitsstandards über das EU-Wettbewerbsrecht +++ Gemeinsame Ziele für die soziale Absicherung in Europa +++ Verankerung von Sozial- und Beschäftigungsindikatoren im Europäischen Semester +++ Europaweit geltende soziale Grundsicherung +++ Wahrung der Tarifautonomie auch in Krisenländern +++ Soziale Folgenabschätzungen bei Konsolidierungsmaßnahmen einführen +++</p>	<p>+++ Wirtschaftliche Integration der EU muss durch soziale und ökologische Union ergänzt werden +++ Solidarität und soziale Mindeststandards als Basis der EU +++ Einführung einer sozialen Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen +++ Vertragliche Verankerung von hohen sozialen Standards +++ Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung soll zum Kernziel der EU werden +++ EU-weite Angleichung der Lebensverhältnisse +++</p>	<p>+++ Arbeitnehmerfreizügkeit und Niederlassungsfreiheit gehören zu den größten Errungenschaften der EU +++ Arbeits- und Sozialpolitik müssen Sache der Mitgliedstaaten bleiben +++ Europäische Arbeitslosenversicherung ist inakzeptabel +++ Nachdrückliche Ablehnung einer europäischen Sozialunion+++</p>

Unsere Position						
Arbeitnehmerfreizügigkeit gehört zu den Grundwerten der Europäischen Union. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung, zur Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Deutschland und Europa und zur kulturellen Vielfalt. Wir brauchen eine umfassende Willkommenskultur, damit sich dringend benötigte Fachkräfte aus dem Ausland für ein Leben und Arbeiten bei uns entscheiden. Einen EU-Mindestlohn lehnen wir ab.						
Arbeitsmarkt/Mindestlohn/Freizügigkeit/Mobilität	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
	+++ Chancen der Freizügigkeit nutzen +++ Verbesserung der Vermittlung von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen +++ Willkommenskultur für Fachkräfte +++ Leichtere Anerkennung von Berufsabschlüssen +++ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, auch für Männer und Frauen +++ Wirksamer Schutz vor Lohn- und Sozialdumping bei Entsendung +++ Stärkung der Gleichstellung von Frauen und Männer +++ Zuwanderung in soziale Sicherungssysteme verhindern +++ Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit durch verbesserte Zusammenarbeit zwischen Zoll und Behörden vor Ort +++	+++ Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit als oberste Priorität +++ Verbindliche Ziele zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Europäischen Semester +++ Zur Verfügung stellen und ggf. Aufstocken der Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit +++ Rasche Umsetzung der Jugendgarantie +++ Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort für Männer und für Frauen +++ Verbesserung der Rechte der entsandten Beschäftigten und schärfere Kontrollen +++ Arbeitnehmerfreizügigkeit sichern +++	+++ Erleichterung der Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch reibungslose Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Teilleistungen im Rahmen der Auslandsstudien +++ Unbürokratische Mitnahme und Anerkennung der Sozialversicherungsansprüche +++ Keine Einschränkung der Arbeitnehmer- und Niederlassungsfreiheit, keine Einführung der verstärkten Grenzkontrollen +++ Keine Diskriminierung der zuwanderungswilligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer +++	+++ Stärkung der Arbeits- und Sozialstandards in der EU +++ Mindeststandards im Bezug auf Armutsbekämpfung +++ Soziale Fortschrittsklausel im EU-Recht +++ Soziale Sicherung und die Zukunft der Sozialsysteme in einem zusammenwachsenden Europa diskutieren +++ Keine Einschränkungen des nationalen Tarifrechts oder Streikrechte +++ Ausbau der EU-Beratungsstellen für mobile Arbeitnehmern +++ Abbau der administrativen Hürden bei Annahme des Jobs in einem anderen Mitgliedstaat +++	+++ Aufnahme Sozialer Fortschrittsklausel in die EU-Verträge +++ Verbindliche europäische Mindestlohnregelung in Höhe von 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns +++ Verkürzung von Höchstarbeitszeit – Festsetzen einer verbindlichen Höchstarbeitszeit von zunächst 40 Stunden die Woche +++ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort für Mann und Frau +++ Verbot der Leiharbeit +++ Einführung des Rechts auf Ausbildung und Übernahme +++ Sofortprogramm für Menschen ohne Berufsbildung +++	+++ Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit als unverrückbare Basis einer zukünftigen Fortentwicklung der EU +++ Gleicher Lohn und die gleichen gesetzlichen Regelungen für in- und ausländische Arbeitnehmer +++ Kein gesetzlich festgelegter, flächendeckender Mindestlohn +++ Soziale Unterstützung in Form von Einkommensbeihilfen +++ Tarifautonomie bewahren +++ Kein Wettbewerbsvorteil durch Lohndumping +++ Kein Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zulasten in- und ausländischer Arbeitnehmer +++

	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
Arbeitsmarkt/Mindestlohn/Freizügigkeit/Mobilität	<p>+++ Jugendarbeitslosigkeit abbauen und Jugendoffensive fortführen und abbauen</p> <p>+++ Umsetzung der Jugendgarantie</p> <p>+++ Unterstützung bei der Einführung der dualen Ausbildung in Schule und Betrieb</p> <p>+++ Förderung der integrativen und aktiven Beschäftigungspolitik, die zur Lebenswirklichkeit passt</p> <p>+++ Erhalt des Meisterbriefs</p> <p>+++ Anerkennung der Berufsabschlüsse darf weder auf Kosten der dualen Ausbildung noch der Verbraucher geschehen</p> <p>+++ Rechtsrahmen für Crowdfunding entwickeln</p> <p>+++</p>	<p>+++ Das Prinzip der guten Arbeit stärker in der Politik der EU verankern, gerade in der europäischen Industrie- und Dienstleistungspolitik</p> <p>+++ Zurückdrängen von prekären Beschäftigungsverhältnissen</p> <p>+++ Europaweiter Ausbau des Arbeitsschutzes</p> <p>+++ Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping</p> <p>+++ Verstöße gegen das Arbeits- und Wettbewerbsrecht ahnden und sanktionieren</p> <p>+++ Bei Beschäftigung in mehreren Mitgliedstaaten keine Benachteiligung durch Regelungslücken zwischen den nationalen Sozialsystemen</p> <p>+++</p>	<p>+++ Ausgestaltung der Sozialsysteme sowie die Arbeitsmarktpolitik sind nationale Aufgaben</p> <p>+++ Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch eine stärkere Verzahnung der Arbeitsmärkte im Bereich der niedrigen und mittleren Einkommen und die Durchführung strukturelle Arbeitsmarktreformen</p> <p>+++</p>	<p>+++ Lösungen für die Mitnahme der erworbenen Zusatzrentenansprüche</p> <p>+++ Vereinfachte Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen</p> <p>+++ Anspruch auf soziale Grundsicherung für alle</p> <p>+++ Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit am gleichen Ort, auch für entsandte und LeiharbeiterInnen</p> <p>+++ Kein Abbau des Arbeits- und Gesundheitsschutzes</p> <p>+++ Zur Vermeidung von Scheinselbständigkeit wirkungsvolle Umsetzung der Entsenderichtlinie</p> <p>+++ Mindestlöhne in jedem EU-Mitgliedstaat</p> <p>+++</p>	<p>+++ Unsichere und befristete Jobs in sozialversicherungspflichtige, unbefristete Arbeitsverhältnisse umwandeln</p> <p>+++ Ausschluss sachgrundloser Befristung</p> <p>+++ Keine Ausbeutung der Migrantinnen und Migranten als kurzfristige Arbeitskräfte</p> <p>+++ Keine Arbeitsverbote für Asylsuchende und faire Arbeitsbedingungen für Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus</p> <p>+++ Zur Sicherung der stabilen Beschäftigung grenzüberschreitende Wirtschafts-kooperationen und Vernetzung von Arbeitsmärkten fördern</p> <p>+++</p>	<p>+++ Wirkungsvollere Kontrollen des Entsendegesetzes</p> <p>+++ Keine europäische Sozialunion und keine europäische Arbeitslosenversicherung</p> <p>+++</p> <p>+++ Arbeitsmarktreformen als nationale Aufgabe</p> <p>+++ Qualifizierte Zuwanderung nach dem „Punktesystem“</p> <p>+++ Förderung der Mobilität der jungen Generation und Anerkennung von Berufsabschlüssen</p> <p>+++</p>

	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
Arbeitsmarkt/Mindestlohn/Freizügigkeit/Mobilität	<p>+++Unterstützung des Mobilitätsprogramms für Jungunternehmer nach dem Vorbild des Erasmus-Programms +++ Größeres Angebot an Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung +++</p>	<p>+++ Zuwanderung als Möglichkeit, den Fachkräftemangel aufzufangen +++ Keine Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, insb. Wanderarbeitern bzw. Arbeitsmigranten, sondern eine faire Chance bieten +++ Freizügigkeit darf nicht zum Missbrauch von Sozialleistungen führen +++ Europäischer Pakt für Mindestlöhne +++ Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen +++ Sicherung der Tarifautonomie im europäischen Recht und im Rahmen des Europäischen Semesters +++</p>		<p>+++ Stärkere EU-weite Koordinierung von Tarifverhandlungen +++ Stärkung der Europäischen Betriebsräte +++ Reform der Arbeitszeitrichtlinie +++ Umfassende Kontrollen und stärkere Sanktionen bei Entsendung +++ EU-weite Subunternehmerhaftung +++ Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen +++</p>	<p>+++ Stärkung der Gewerkschaften und Tarifverträge +++ Mindestregelungen für ein europäisches Tarif- und Sozialsystem und Möglichkeiten grenzüberschreitender Tarifverträge und Streikaktivitäten verbessern +++ Recht auf politischen Streik in ganz Europa +++ Umgehung der Mitbestimmung durch Verlagerung des Unternehmenssitzes unterbinden +++</p>	

Unsere Position						
Keine Gesellschaft kann es sich leisten, das Potenzial ihrer jungen Menschen nicht zu nutzen. Wir möchten ihnen attraktive berufliche Perspektiven bieten. Gut funktionierende Bildungs- und Ausbildungssysteme müssen junge Menschen dazu befähigen, in einer zunehmend globalen Wirtschaft auch in grenzüberschreitenden Kontexten arbeiten und kommunizieren zu können						
CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD	
<p>+++ Bildungspolitik bleibt im Kompetenzbereich der Mitgliedsstaaten +++ leichtere Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen +++ Ausbau der EU-Jugend Offensive +++ Konsequente Umsetzung der Jugendgarantie - Integrative und aktive Beschäftigungspolitik für Jugendliche in den einzelnen Mitgliedsstaaten +++ Moderne Konzepte zum Lebenslangen Lernen - Ausweitung des dualen Ausbildungssystems auf mehr Mitgliedsstaaten +++ stärkere EU-Jugendmobilität bei Auszubildenden um zehn Prozent und Studierenden 50 Prozent während ihrer Ausbildung +++</p>	<p>+++ Rasche Umsetzung der Jugendgarantie und Aufstockung der Mittel durch Zuweisungen aus dem ESF +++ Aufbau eines Jugendbeschäftigungs-Fonds +++ Stärkung des dualen Ausbildungssystems – mehr Mobilität für Auszubildende im Rahmen der Ausbildung +++ Keine Liberalisierung des Berufszugangs +++ Verbesserung der Jugendbildungsarbeit und Jugendmobilität durch ERASMUS+ +++ Qualitätsrahmen für Praktika +++ Leichtere Anerkennung von ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen +++ Bildung als Chance für wirtschaftlichen Fortschritt +++</p>	<p>+++ Bildung und Weiterbildung sind entscheidende Instrumente zur Bekämpfung des Fachkräftemangels +++ Duales Ausbildungssystem als Schlüsselfaktor zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit +++ Bildungspolitik ist und muss eine nationale Aufgabe bleiben +++ Stärkere Vernetzung der Hochschulen im Bolognaraum +++ Förderung einer reibungslosen Anerkennung von Bildungsabschlüssen in allen EU-Mitgliedsstaaten +++ Erleichterter Zugang von Schul- und Hochschulabsolventen in die Arbeitsmärkte anderer Mitgliedsstaaten +++</p>	<p>+++ Aufstockung der Jugendgarantie +++ Altersgrenze der Jugendgarantie auf 30 Jahre anheben +++ Hochwertige Arbeitsplätze und Qualifizierungsangebote haben Vorrang vor Praktika +++ Bessere finanzielle Ausstattung für Jugend-Austauschprogramme durch einen Jugend-Fonds +++ Kein Sparzwang bei Investitionen in Bildung und Forschungsprogramme +++ Keine Privatisierung im Bildungssystem +++ Stärkere Einbindung von Jugendorganisationen in europäische Politikprozesse und den sozialen Dialog +++ Jugendkonvent für Europa +++</p>	<p>+++ Sofortprogramm für junge Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung +++ Keine Privatisierung im Bildungssystem +++ Verbesserung des Bildungssystems von der Vorschule bis zur Hochschule +++ Ausbau des Jugendfreiwilligendienstes +++ Abschaffung des Bologna-Systems und Abschaffung jeglicher Form von Studiengebühren +++ Umsetzung des UN-Sozialpakts +++ Stärkerer internationaler Austausch von Lehrenden und Lernenden – ERASMUS for ALL +++ Förderung ganzheitlicher Berufsausbildungen +++</p>	<p>+++ Ausbau der beruflichen Aus- und Weiterbildung +++ Stärkere Mobilität von Studierenden, Auszubildenden und jungen Arbeitnehmern+++ Ausbau des ERASMUS+ Programms +++ Möglichkeit der Rückkehr zu den Diplom-, Staatsexamens- und Masterstudiengängen +++ Keine politisch verordnete Erhöhung der Akademikerquote innerhalb der EU +++</p>	

Jugend

	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
Jugend	<p>+++ Befürwortung von Erasmus+ +++ Erhöhung der Kooperation von deutschen und europäischen Hochschulen bei gemeinsamen Studiengängen auf zehn Prozent im Jahr 2020 +++ Leichtere Anerkennung von Studienleistungen im Ausland +++ Bildungszusammenarbeit stärken +++ Schaffung eines Gütesiegels für vorbildliche Bildungseinrichtungen innerhalb der EU +++ Schutz des Meisterbriefes als Berufsqualifikationen im Handwerk +++ Verbesserung der Forschungs- und Bildungsbedingungen an Hochschulen und Exzellenzzentren +++</p>		<p>+++ Etablierung einer dualen Berufsausbildung als Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit +++ Schaffung eines einheitlichen Semesteranfangskorridors, mehr englischsprachige Lehrveranstaltungen und mehr Studiengänge mit Doppelabschlüssen an zwei Partnerhochschulen innerhalb der EU +++ Stärkung von Englisch als Hauptverkehrssprache und „gemeinsame Zweitsprache“ für Europa+++ Vernetzung von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Universitäten bei der Forschung+++ Kostenlose und diskriminierungsfreie Bildungsangebote für Sinti und Roma +++</p>	<p>+++ Vereinfachte Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen +++ Qualitätsrahmen für Praktika +++</p>	<p>+++ Mehr EU-Förderprogramme im Bereich Bildung und Kultur+++ Keine Diskriminierung in Bildungssystemen +++</p>	

Unsere Position						
Die Errungenschaften der gemeinsamen Mindeststandards im Arbeitsschutz, der Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme sind aus dem heutigen internationalisierten Erwerbsleben nicht mehr wegzudenken. Aber dies darf nicht zu Gesetzesvorschlägen föhrend, die zu tief in nationale Sozialversicherungssysteme eingreifen, wie z. B. die aktuellen Vorschläge zur Regulierung der Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge oder die Idee zu einer EU-Arbeitslosenversicherung.						
Soziale Sicherung	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
	+++ Sozialgesetzgebung bleibt im Kompetenzbereich der Mitgliedsstaaten +++ Verhinderung von Zuwanderung, die zur Unterwanderung der sozialen Sicherungssysteme föhrt +++ Alleinige Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten bei der Gestaltung der Renten- und Pensionssysteme +++ Einfachere Übertragbarkeit der Rentenansprüche von Grenzgängern +++ Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge +++ Ja zur Rente mit 67 in Deutschland und zu Reformen der Rentensysteme in den anderen Mitgliedsstaaten +++	+++ Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und von Schwarzarbeit +++ Möglichkeit der Sanktionierung bei Vorkommnissen von Lohn- und Sozialdumping +++ Keine Benachteiligung von in verschiedenen EU-Staaten arbeiteten und lebenden Beschäftigten durch Regelungslücken der nationalen Sozialsysteme +++ Unterstützung der betreffenden deutschen Kommunen, die aufgrund von Zuwanderung vermehrt Sozialleistungen auszahlen müssen +++ Sicherung der Tarifautonomie im europäischen Recht und europäischen Semester +++	+++ Ausgestaltung der Sozialsysteme sowie der Arbeitspolitik bleibt Aufgabe der Mitgliedsstaaten +++ Unterstützung der betreffenden deutschen Kommunen, die aufgrund von Zuwanderung vermehrt Sozialleistungen auszahlen müssen +++ Schaffung eines neuen Sozialsystems, das die Mobilität von Arbeitnehmern vereinfacht und fördert +++ Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme in den Herkunftsländern von „Armutseinwanderern“ +++	+++ Ausweitung der EU-Zuständigkeit und Harmonisierung in der Sozialpolitik +++ Soziale Fortschrittsklausel im EU-Recht +++ Anspruch auf eine soziale Grundsicherung in allen EU-Mitgliedsstaaten +++ Schaffung eines garantierten Mindestlohns in allen EU-Mitgliedsstaaten +++ Anhörung der Sozialpartner im Rahmen des Europäischen Semesters +++ Einfacherer Zugang für mobile Arbeitnehmer zu ihren sozialen Rechten +++	+++ Gemeinsame Standards in der Sozial- und Steuerpolitik in der gesamten EU vereinbaren +++ Kurzfristig verbindliche europäische Mindestlohnregelung in Höhe von 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnitts +++ Anspruch aller Bürger Europas auf eine Mindestsicherung +++ Europaweite Grundversorgung mit Wohnraum, Wärme, Wasser, Zugang zum Internet und Energie +++	+++ Keine Einflussnahme der EU bei der Sozialleistungsgesetzgebung +++ Auszahlung von Hartz IV, Kinder- und Wohngeld nur an Personen, die in Deutschland im erheblichen Maße direkte oder indirekte Steuern gezahlt haben +++ Niedriglohnbezieher aus anderen EU-Staaten, müssen in ihre Heimat zurückkehren +++ Niederlassungsfreiheit darf nicht zum Erwerb von Sozialleistungen missbraucht werden +++ Ablehnung einer europäischen Sozialunion und einer europäischen Arbeitslosenversicherung +++

	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
Soziale Sicherung	<p>+++ Ablehnung von Solvency-II-Eigenkapitalregime für Versicherungskonzerne - Ausarbeitung von Demografiestrategien zur Zukunft der sozialen Sicherung in der EU +++</p>	<p>+++ Keine Aushöhlung der nationalen Sozialstaatlichkeit durch die EU +++ Orientierung der gemeinsamen europäischen Ziele für nationale Sozial- und Bildungsausgaben an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der EU-Staaten +++ Keine überproportionale Belastung der Rentner in der europäischen Krise +++ Bekämpfung der Kluft zwischen Arm und Reich durch den europäischen Pakt für Mindestlöhne +++</p>			<p>+++ Ablehnung der Rente mit 67 und ein stärkeres Umlageverfahren in der Rentenversicherung +++ Gegen eine weitere Privatisierung der Altersvorsorge +++ Stärkung des Umlageverfahrens in der Rentenversicherung +++ Kopplung der Ausgaben für die soziale Sicherung an der Entwicklung des BIP +++ Stärkung der Gewerkschaften und Tarifverträge sowie das Recht auf politischen Streik +++</p>	

Unsere Position

EU-einheitliche Quotenvorgaben sind der falsche Weg, um die wahren Ursachen für den geringen Frauenanteil in Führungspositionen zu beheben. Gründe für einen geringen Frauenanteil in Führungspositionen und für Lohnunterschiede liegen hauptsächlich im Berufswahlverhalten der Frauen sowie in familienbedingten Erwerbsunterbrechungen. Wichtig ist die tatsächlichen Ursachen anzugehen, d. h. bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen und entsprechende Beratung bei der Berufswahl.

CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
<p>Gleichstellung</p> <p>+++ Schaffung einer modernen Gleichstellungspolitik +++ Hoheitsrecht der Mitgliedsstaaten zur Gestaltung der Gleichstellungspolitik +++ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, auch für Männer und Frauen +++ Stärkung der Gleichstellung von Frauen und Männern +++ Bekämpfung von Menschenhandel, Zwangsprostitution und jeglicher Gewalt gegen Frauen +++ Schutz nationaler Minderheiten in der EU +++</p>	<p>+++ Gleichstellungspolitik als zentrale Aufgabe eines sozialen Europas +++ Europäisches Jahr zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen +++ Für eine europäische Frauenquote +++ Eigenes Ressort in der Kommission für Gleichstellungspolitik +++ Antidiskriminierungsrichtlinie weiter entwickeln +++ Gleiche Löhne für Frauen und Männer +++</p>	<p>+++ Ablehnung einer verbindlichen Frauenquote +++ Gleiche rechtliche Rahmenbedingungen beim Adoptivrecht für binationale Ehen und gleichgeschlechtliche Partnerschaften +++</p>	<p>+++ Vereinfachung des rechtlichen Rahmens für binationale Ehen, Adoptivrecht, gleichgeschlechtliche Partnerschaften aber auch Erb- und Sorgerecht +++ Gleiche Rechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle und Intersexuelle +++ Für eine verbindliche EU-Frauenquote in Aufsichtsräten großer Unternehmen und innerhalb der Führungsgremien der EU-Institutionen +++ Gleicher Einflussbereich von Frauen und Männern auf die EU-Gelder durch die Schaffung eines Gender Budgeting im jährlichen EU-Haushalt+++ Gleiche Löhne für Frauen und Männer +++</p>	<p>+++ Gleiche Löhne für Frauen und Männer – Bekämpfung des durchschnittlichen Lohngefälles bei Frauen von 17 Prozent +++ Bekämpfung aller Formen der Diskriminierung aufgrund Geschlechts, Religion, sexueller Orientierung +++ Konsequente Ahndung bei Verstößen gegen die Antidiskriminierungsrichtlinie +++ Ratifizierung der UN-Behindertenkonvention in allen EU-Mitgliedsstaaten +++ Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung vermindern +++</p>	<p>+++ Kein Gender-Mainstreaming – Ablehnung aller Einmischungsversuche der EU +++ Gegen eine EU-weite Frauenquote +++ Positive Diskriminierung bei Eltern, die Berufstätigkeit zugunsten der Kindererziehung zurück gestellt haben +++</p>

Unsere Position						
Zur Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit sind höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung wichtig, ebenso in die Infrastruktur.						
Forschung/Entwicklung/Innovation	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
		<p>+++ Ziel: Europa als weltweit führende Wissensgesellschaft +++ Stärkung der Forschung durch Kooperation und Vernetzung +++ Bildung von Innovationsclustern +++ offener Zugang für staatlich geförderte Forschung (Open Access-Prinzip) +++ Investitionen von 3 % des BIP für Forschung +++ Kooperationen in Schlüsselbereichen +++ Vernetzung nationale Hightech-Strategie mit „Horizon 2020“ +++ Unbürokratischere Antragsverfahren für KMU („Horizon 2020“) Bessere Mobilität für Studierende und Wissenschaftler +++ Mehr gemeinsame Forschungsinfrastruktur +++ Mehr europäisches Risikokapital, auch mit öffentlich-privaten Partnerschaften +++ Ethische Grenzen +++</p>	<p>+++ Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit mit sozial- und beschäftigungs-politischen Zielen und ökologischem Fortschritt verbinden +++ Intelligente EU-Industriepolitik, die auf Innovation und Wachstumspotentiale in den Leitmärkten der Zukunft setzt (Transeuropäische Netze, Erneuerbare Energien, Verkehr, digitale Medien, Telekommunikation, Breitbandversorgung) +++ Weitere Mittel für Innovationen bei der Revision des EU-Finanzrahmens 2016 +++ Innovative Energie- und Umweltpolitik +++ Entwicklung einer ambitionierten digitalen Agenda +++</p>	<p>+++ Investitionen in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur nötig +++ Mehr Förderung von Forschung und Innovationen durch EU-Struktur- und Kohäsionsfonds +++</p>	<p>+++ Investitionen von 3 %, bei forschungs-starken Mitgliedern sogar 3,5 % des BIP für Forschung +++ Stärkung Europäischer Forschungsrat +++ Mehr europäische Projektforschung für Klimawandel etc. +++ Innovationsnetzwerke zwischen öffentlich finanzierten Forschung und KMU +++ Bessere Mobilität für Forscher +++ Stärkung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch unbefristete Stellen +++ Zielvorgaben für mehr Geschlechter-gerechtigkeit +++ Mitnahme von Versorgungsansprüchen +++ Transparenz bei Inhalten, Beteiligten u. Mittelverwendung +++ Kernreaktor ITER aufkündigen +++ Open Access / Open-Data-Prinzip +++</p>	<p>+++ Demokratisch kontrollierte wirtschaftliche Zukunftsentwicklung +++ EU-Fonds für soziale u. ökologische Entwicklung +++ Mehr Wissenstransfer in ärmere Länder +++ Verbot von Rüstungsexporten +++ Öffentl. Investitionen am gesellschaftlichen Bedarf ausrichten +++ Open Access-Initiative +++ Wissenschafts-freundliches EU-Urheberrecht +++ Gleichstellung der Geschlechter in der Wissenschaft +++ Forschungsraum (EFR) stärken +++ Mobilität von Wissenschaftlern fördern +++ Horizon 2020: Beitrittsstaaten mit mind. 10 % an EU-Forschungsförderung beteiligen +++ Kernreaktor ITER aufkündigen +++</p>

Unsere Position						
Ein europäischer Arbeitsmarkt braucht einen europäischen Hochschulraum. Dazu gehören europaweit vergleichbare Hochschulabschlüsse im Rahmen der Bologna-Struktur, die die Mobilität erleichtern. Ebenso ist der Versuch, unser erfolgreiches System der deutschen dualen Berufsausbildung zu exportieren, der falsche Ansatz. Richtig ist dagegen die Unterstützung beim Aufbau maßgeschneiderter dualer Strukturen in den jeweiligen Ländern.						
Bildung	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
	+++ Keine Ausweitung der Gemeinschaftskompetenz im Bildungsbereich +++ Bessere Abstimmung im Bereich Aus- und Weiterbildung +++ Bessere Vermittlung der Sprachen +++ Leichtere Übertragung der Bildungsabschlüsse +++ Unterstützung der Mobilität der Studierenden bzw. der Schüler, Berufsschüler und Auszubildenden durch das EU-Programm „Erasmus+“ +++ Erhöhung der gemeinsamen Studiengänge der deutschen und europäischen Hochschulen von heute fünf auf zehn Prozent im Jahr 2020 +++ Doppelabschlüsse als Regelabschlüsse +++	+++ Bildung als Schlüsselaufgabe von der Kita bis hin zur Hochschule +++ Rasche nationale und europäische Umsetzung der Europäischen Jugendgarantie +++ Qualitätsrahmen für Praktika +++ Übertragung der dualen Ausbildung mittels europäischen Fonds +++ Möglichkeiten der Auslandserfahrung während der Ausbildung erweitern +++ Vollständige Anerkennung von Meister- und Technikerabschlüssen in Europa +++ Ausbau von Europaschulen, verbesserte Jugendbildungsarbeit und Jugendmobilität +++	+++ Vielfalt und Souveränität der Mitgliedstaaten bei der Bildungspolitik beachten +++ Bildung ist der Schlüssel zur Freiheit, zu sozialem Frieden und zum gesellschaftlichen Aufstieg +++ Bildung, Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind die entscheidenden Instrumente zur Bewältigung des Fachkräftemangels +++ Duale Ausbildung als Exportschlager und die Möglichkeit zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit +++ Gemeinsame Zweitsprache in Europa schaffen – Sehr gute Englischkenntnisse als zentraler Baustein jeglicher Bildungspolitik in Europa +++	+++ Beseitigung von Benachteiligungen in den Bereichen Bildung, Ausbildung und soziale Inklusion und diesbezügliche Chancengleichheit als verbindliches Ziel in EU 2020 festlegen +++ Freiwilliges Europäisches Jahr für alle +++ Austauschprogramme stärken und ausbauen, auch für nichtakademische Bildungszweige und für Auszubildende +++ Vorschläge über Zukunft Europas durch Jugendkonvent erarbeiten +++	+++ Bildung ist ein Menschenrecht und keine Ware +++ Keine Privatisierung im Bildungsbereich +++ Abschaffung des Bologna-Systems +++ Keine Studiengebühren +++ Ausbau der Förderprogramme der EU für den Auslandsaufenthalt während der Ausbildung +++ Ganzheitliche Berufsausbildung als Ziel +++	+++ Neben Bachelor- und Masterstudiengängen die bewährten Diplom-, Staatsexamens- und Magisterstudiengängen ermöglichen +++ Keine Erhöhung der Akademikerquote +++ Keine Massenuniversitäten +++ Verstärkung des universitären Lehrpersonals +++ Ausbau des ERASMUS-Programms +++ Finanzielle und organisatorische Förderung des Jugendaustausches +++ Förderung der Mobilität von Studierenden, Auszubildenden, jungen Arbeitnehmern sowie jungen Menschen ohne gymnasiale Bildung +++

	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
Bildung	<p>+++ Bessere Anerkennung der im Ausland erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen +++ Güte-Siegel für besonders vorbildliche Einrichtungen +++ Inklusive Bildung +++ Größeres Angebot an Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderung +++</p>	<p>+++ Junge Menschen sollen mehr vom neuen EU-Austauschprogramm „ERASMUS+“ profitieren +++ Hinreichende Finanzierung der europaweiten Jugendarbeit sicherstellen +++ Gemeinsame europäische Ziele für nationale sozial- und Bildungsausgaben gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des EU-Staates vereinbaren +++</p>	<p>+++ Austauschprogramme wie COMENIUS, ERASMUS, LEONARDO DA VINCI, GRUNDTVIG stärker fördern +++ Schüleraustauschprogramme weiterentwickeln +++ Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Universitäten besser vernetzen und Europa zu einem echten Innovationsraum ausbauen +++ Fünfte Europäische Grundfreiheit –Freiheit für Wissen schaffen +++ Bologna-Prozess durch stärkere Vernetzung der Hochschulen fortentwickeln +++</p>			<p>+++ Ausbau des Systems der beruflichen Aus- und Weiterbildung +++ Duale Ausbildung auch in anderen Ländern Europas einzuführen +++ Verbesserung der Anrechenbarkeit vergleichbarer Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse +++</p>

Unsere Position						
Der Mittelstand ist das Herzstück der deutschen Wirtschaft und braucht besonderen Schutz vor Belastungen, die auf Kosten seiner globalen Wettbewerbsfähigkeit gehen. Eine bessere Versorgung mit Krediten, ein konsequenter Bürokratiecheck und ggf. Ausnahmeregelungen bei EU-Regulierungen sind wichtige Voraussetzungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU und zur Förderung von Existenzgründungen in ganz Europa.						
CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD	
<p>+++ Wirtschaftsstandort Europa stärken +++ Erhöhung der EU-Industrieproduktion auf 20 % bis 2020 +++ Wettbewerbscheck für EU-Gesetzesvorhaben +++ Leicht zugängliche Kreditfinanzierungen +++ Ausweitung der EIB-Unterstützung für KMU-Kredite +++ Bürokratieentlastung für KMU +++ Kosten-/Bürokratietransparenz bei EU-Gesetzgebung +++ Regelprüfung für KMU-Ausnahmen bei EU-Gesetzgebung +++ Unabhängiger EU-Normenkontrollrat +++ 1:1-Umsetzung von EU-Recht auf nationaler Ebene +++ Schaffung einer europäischen Privatgesellschaft („Europa-GmbH“) +++ Subventionsabbau +++ EU-Beihilferegeln mit Ausnahmemöglichkeit für energieintensive Unternehmen +++</p>	<p>+++ Stärkung von KMU durch Ausbau des Binnenmarktes +++ Ausweitung des Arbeitsschutzes auch für KMU +++ Besserer Kreditzugang für KMU +++ Mehr Darlehen, mehr Projektanleihen durch EIB +++ Bürokratiecheck für EU-Gesetzgebung +++ Normenkontrollmechanismus für mehr Effizienz und Praktikabilität +++ Klare, ambitioniertere Bürokratieabbauziele +++</p>	<p>+++ Erschließung neuer Märkte +++ Weniger Bürokratie und überflüssige Regulierungen +++ Schaffung eines unabhängigen Normenkontrollrates +++ KMU profitieren von Stabilität und Erhalt des Euros +++ Bessere Versorgung von KMU mit Krediten +++ Gleiche, einfache Regeln, Marktzugang in allen Bereichen für KMU +++ Striktere Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts +++ Förderung von Existenzgründung und Technologietransfer für KMU +++ Einfache Regelungen für KMU in Gesellschaftsrecht, Rechnungslegung und Wirtschaftsprüfung +++ „KMU-Tests“ für neues EU-Recht +++ Erhalt Meisterbrief +++ Ausschreibungen auch auf Deutsch +++</p>	<p>+++ Förderung Erneuerbare Energien und Energieeffizienz +++ Steueranreize für Investitionen und erleichterter Wissenstransfer für KMU +++ Transparenz über ökologische und gesellschaftliche Kosten +++ Öffentlich-private Partnerschaft in Augenhöhe +++ Small Business Act (SBA) ausbauen +++ Vorfahrt für KMU bei EU-Normen +++ Mehr Bürokratieabbau und Sicherheit bei der Umsatzsteuer +++ Besserer Zugang zu Finanzierungen +++ Mehr Unternehmensgründungen +++ Unterstützung bei ressourcensparendem Wirtschaften +++ Erhöhung von KMU-Finanzierungen +++ Transparentere und unbürokratische Vergabeverfahren +++</p>	<p>+++ Stärkung von KMU durch Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe +++ Förderkriterien für Strukturmittel: gute Arbeit, soziale und ökologische Standards +++ Verpflichtung für Unternehmen, barrierefreie Arbeitsbedingungen zu schaffen +++ Ausbau von Belegschaftseigentum voranbringen +++ Mehr direkte Mitbestimmung im Betrieb: was wir wie produzieren, muss demokratisch ausgehandelt werden und tragfähig für Natur und Menschen sein +++</p>	<p>+++ Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in IHKn, HWKn +++ Meisterbrief und traditionelle Handwerksausbildung mit entsprechenden Qualitätsprüfungen beibehalten +++ Wettbewerbspolitik und Beihilfenkontrolle auf unabhängige EU-Wettbewerbsbehörde übertragen +++</p>	

Unsere Position

Industriepolitik im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft darf das Prinzip des Wettbewerbs um die besten Ideen und die freie unternehmerische Entscheidung nicht untergraben. Industriepolitik sollte primär in allen Politikbereichen nach guten Ausgangsbedingungen für die globale Wettbewerbsfähigkeit der gesamten industriellen Wertschöpfungskette streben, Hindernisse abbauen und den Rahmen abstecken, in dem sich die Wirtschaftsakteure und Sozialpartner möglichst frei bewegen können.

Industriepolitik	Unsere Position					
	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
	<p>+++ Bekenntnis zum Ziel, bis 2020 einen Anteil der Industrie am EU-BIP von 20 % zu erreichen +++ Wettbewerbsfähigkeit der Industrie besonders in den Blick nehmen +++ Wettbewerbsfähigkeits-Check für alle Gesetzesvorhaben der Kommission +++ Schaffung eines unabhängigen Normenkontrollrates auf EU-Ebene +++ 1:1-Umsetzung von EU-Gesetzgebung in nationales Recht +++</p>	<p>+++ Einführung eines „Bürokratie-Checks“ für EU-Gesetzgebung +++ Überprüfung neuer und bestehender Gesetze durch einen Normenkontrollmechanismus +++ Intelligente Industriepolitik zur Förderung von Innovation und Wachstum in Leitmärkten +++ Innovative Industrie in der EU sichert Wohlstand, Beschäftigung und gute Löhne</p>	<p>+++ Auf sozialer Marktwirtschaft basierende Ordnungspolitik +++ Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen +++ unabhängige Folgenabschätzungen durch einen Normenkontrollrat +++ Bessere Rechtsetzung durch Überprüfung und Abschaffung unnötiger oder veralteter Rechtsakte +++ Verpflichtender „KMU-Test“ für alle neuen Vorschläge +++</p>	<p>+++ Soziale Folgenabschätzungen einführen – keine einseitige Fokussierung auf Wettbewerbsfähigkeit +++ Stärkere Förderung von KMUs +++ Niedrigere Bürokratie-Anforderungen für KMUs +++</p>	<p>+++ Neoliberale Ausrichtung und geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit vertiefen die Probleme +++ Ein EU-weit koordiniertes Zukunftsprogramm mit aktiver, staatlicher Politik zur Schaffung von Produktionsschwerpunkten wird benötigt +++ Sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft +++ Dämpfung wirtschaftlicher und sozialer regionaler Unterschiede durch EU-Fördermittel +++</p>	<p>+++ Staatliche Intervention in den Markt grundsätzlich zeitlich begrenzen und nur mit einer transparenten Begründung +++ Mitgliedsstaatliche Wettbewerbspolitik muss mit dem Binnenmarkt kompatibel sein +++</p>

Unsere Position						
Eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen ist von zentraler Bedeutung für die globale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie.						
Klima und Energie	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
		<p>+++ Energiepolitik muss hohe Versorgungssicherheit und industrielle Arbeitsplätze erhalten +++ Einsatz für Europäischen Energie-Binnenmarkt – Schaffung eines gemeinsamen europäischen Energieverbundes +++ kostengünstiger und wirtschaftlicher Ausbau der Erneuerbaren Energien +++ EU-Beihilferegeln mit Ausnahmemöglichkeit für energieintensive Unternehmen +++ Ziele für Energieeffizienz nach 2020 fortschreiben +++ europaweit verbindliche Sicherheitsziele für Kernkraftwerke +++ Forderung eines verbindlichen CO₂-Reduktions-Ziels von 40% bis 2030 +++</p>	<p>+++ Ambitionierte Energie- und Klimapolitik +++ Bündnis von Umwelt, Wirtschaft und Arbeit +++ Forderung nach verbindlichen und ambitionierten Zielen für Erneuerbare Energien in Europa +++ Forderung eines verbindlichen CO₂-Reduktions-Ziels von 40% bis 2030 +++</p>	<p>+++ Mehr Markt statt Planwirtschaft in der Energiepolitik +++ Vollendung des Energiebinnenmarktes +++ Effiziente Vernetzung der Energiesysteme Europas +++ Energieeffizienz ohne Bevormundung vorantreiben +++ Wirtschaftlicher Klimaschutz durch Emissionshandel +++ Klimaschutz und Industrie in Einklang bringen – Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie +++ Europäische Mindestnormen für Fracking schaffen +++ Auflösung von nationalen Energieversorgungskartellen oder -monopolen +++</p>	<p>+++ Energieversorgung Europas langfristig vollständig aus Erneuerbaren Energien (bis 2030: 45%) +++ Vernetzung der europäischen Erzeugungspotenziale +++ Verbot von Fracking (Förderung von Schiefergas) und CCS (Abscheidung und unterirdische Lagerung von CO₂) +++ Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 um mind. 55% +++ Mindestpreis im Emissionshandel +++ EU-weiter Atomausstieg+++</p>	<p>+++ Verschärfung der Energieeffizienz-Richtlinie+++ Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie +++ Erneuerbare Energien stärker fördern und ausbauen (bis 2030: 45 %) +++ Ablehnung von Fracking (Förderung von Schiefergas) und CCS (Abscheidung und unterirdische Lagerung von CO₂)+++ Staatliche Strompreiskontrollen +++ Reduzierung von Energiepreisprivilegien der Industrie +++ Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 60 % bis 2030 +++ dem Versagen des Emissionshandels mit ordnungsrechtlichen Eingriffen in die Energiewirtschaft entgegenzutreten +++</p>

Unsere Position

Der gesetzliche Zwang für Unternehmen, über Corporate Social Responsibility zu berichten, ist der falsche Weg. Er verkennt, dass Freiwilligkeit der Wesenskern des gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen ist. Verbindliche Regelungen höhlen nicht nur den Freiwilligenansatz aus, sondern widersprechen dem Ziel des Bürokratieabbaus für mehr Wettbewerbsfähigkeit zu einem Zeitpunkt, wo Europas Wirtschaft sich gerade aus ihrer schwersten Wirtschaftskrise herausarbeitet. Die EU muss diesen Irrweg stoppen, sonst geht die Vielfalt des Engagements unserer Unternehmen zu Gunsten einer Standardisierung von CSR vollends verloren.

Corporate Social Responsibility

CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
<p>+++ Meldepflicht für Unternehmen, die Kundendaten ohne deren Einwilligung an Drittstaaten übermitteln +++ Bürokratieabbau für europäische Unternehmen zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit +++</p>	<p>+++ Mehr Mitbestimmung in Unternehmen +++ Reform der Richtlinie zu den europäischen Betriebsräten +++ Gewährleistung des Datenschutzes durch Unternehmen +++ Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik in Unternehmen zu Innovation mit hoher Beschäftigung, ökologischem Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit +++ Mehr Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmerschaft und Unternehmertum auf nationaler, europäischer und globaler Ebene +++</p>	<p>+++ Entbürokratisierung zugunsten Unternehmen +++ Keine Wettbewerbshemmnisse für Unternehmen durch zu viele Regelungen in der unternehmerischen Sozialverantwortung +++ Förderung unternehmerischen Handelns +++ Gewährleistung keiner Datensammlungen durch Unternehmen +++ Schaffung eines Datenschutzsiegels +++</p>	<p>+++ Verbot der Weitergabe von persönlichen Daten für Unternehmen an Drittstaaten +++ Verpflichtung europäischer Unternehmen bei der Umsetzung freiwilliger Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung von Landnutzungsrechten +++ Verbindliche Arbeits- und Sozialstandards für internationale tätige Unternehmen +++ Bessere Klagemöglichkeiten für Opfer von europäischen Unternehmen verursachten Menschenrechtsverletzungen +++ Verpflichtende Offenlegung der ökologischen und sozialen Produktionsbedingungen für Unternehmen +++</p>	<p>+++ Keine Abhörmaßnahmen von privaten Unternehmen +++ Selbstregulierung der Unternehmen ist Selbstbetrug – deshalb stärkere Vorgaben und Regulierungen +++ Mehr direkte Mitbestimmung in Unternehmen +++ Stärkere Regulierung der Unternehmen in ökologischen und sozialen Fragen +++ Ausgestaltung einer sozialen und demokratischen Wirtschaftsweise in Unternehmen und Betrieben +++</p>	<p>+++ Gewährleistung des Schutzes der persönlichen Daten durch Unternehmen +++ Erweiterung des Briefgeheimnisses zu einem Kommunikationsgeheimnis +++</p>

Unsere Position						
Europa verfügt über ein ausreichendes System einheitlicher Mindeststandards im Arbeitsschutz. Deren Durchsetzung gilt es in allen EU-Mitgliedstaaten zu fördern. Alle EU-Vorgaben in diesem Bereich müssen unnötige Bürokratie vermeiden und praxistauglich sein.						
Arbeitsschutz/Gesundheitspolitik	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
	<p>+++ Verantwortung für die Organisation des Gesundheitswesens allein bei den Mitgliedsstaaten</p> <p>+++ Gestaltung der Gesundheitsversorgung durch die EU Institutionen +++</p> <p>Stärkere europäische Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Antibiotikaresistenz +++</p> <p>Überprüfung der Regulierungen von Arzneimitteln und Medizinprodukten im gemeinsamen Binnenmarkt +++</p> <p>Förderung von E-Health durch die EU Institutionen +++</p> <p>Stärkung der europäischen Sozialpartnerschaft zur Wahrung von Sozialstandards +++</p> <p>Beibehaltung der Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft zur Gewährleistung des Arbeitsschutzes +++</p>	<p>+++ Ausbau des europaweiten und globalen Arbeitsschutzes</p> <p>+++ Beibehaltung nationaler, regionaler und kommunaler Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge im Gesundheitssektor +++</p> <p>Gewährleistung arbeitsrechtlicher Standards in den bilateralen und internationalen Handelsbeziehungen +++</p> <p>Unterstützung des Gesundheitsschutzes in den ärmsten Ländern der Welt +++</p> <p>Gleicher Zugang zu der gesundheitlichen Daseinsvorsorge für alle Menschen +++</p>	<p>+++ Berücksichtigung der Gesundheitspolitik bzw. des Gesundheitsschutzes bei der Verhandlung von Freihandelsabkommen</p> <p>+++ Förderung von E-Sprechstunden unter Gewährleistung des Datenschutzes +++</p>	<p>+++ verbindliche Arbeits- und Sozialstandards für internationale tätige Unternehmen +++</p> <p>Reform der Gesundheitspolitik im Rahmen einer Agrarreform 2020 +++</p>	<p>+++ Keine Privatisierung im Gesundheitssektor</p> <p>+++ Bekämpfung der Zwei-Klassen Medizin +++</p> <p>Verpflichtung aller Mitgliedsstaaten zur Gewährleistung grundlegender Dienstleistungen in der Gesundheitsversorgung</p> <p>+++ Anerkennung der Vielfaltigkeit von Familienformen und Lebensweisen +++</p> <p>Keine Speicherung von Daten zu Kontakt- und Begleitpersonen, Lebensweisen und Gewohnheiten, ethnischer Herkunft, politischer Meinung, religiöser oder weltanschaulicher Überzeugungen oder Gewerkschaftszugehörigkeit +++</p>	<p>+++ Beschränkung der Harmonisierung bei grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren (Infektionsgefahren) +++</p> <p>Ablehnung des Programms „Gesundheit für Wachstum“ +++</p> <p>Einführung eines einheitlichen EU-Preisreferenzsystems für Arzneimittel+++</p> <p>Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten bei Maßnahmen zur Steigerung der Effektivität und Attraktivität der Gesundheitsberufe +++</p> <p>Ablehnung des TTIP aufgrund befürchteter verwässerter Gesundheitsstandards +++</p>

Unsere Position						
Mit der Datenschutzgrundverordnung muss auch der Beschäftigtendatenschutz in Europa vereinheitlicht werden. Beschäftigtendaten müssen auch in Zukunft mit Einwilligung des Arbeitnehmers verarbeitet werden können. Auch auf der Grundlage von Kollektivvereinbarungen muss die Verarbeitung von Beschäftigtendaten weiterhin möglich sein.						
Datenschutz	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
	+++ Verantwortungsbewusste Datenpolitik – Privatsphäre schützen +++ Durchgreifende Reform des europäischen Datenschutzrechts +++ Safe-Habour neu verhandeln +++ Schutz der Wirtschaft vor Spionage +++	+++ Standards der Mitbestimmung in Unternehmen europäischer Rechtsform und bei transnationalen Unternehmensaktivitäten weiter ausbauen +++ Umfassendes europäisches Regime zum Datenschutz +++ Stärkung des Beschäftigtendatenschutzes +++	+++ Keine Vorratsdatenspeicherung +++ Forschungsmittel zur Erforschung von Datenschutztechnologien und -infrastruktur +++	+++ Moderner Datenschutz für alle +++ Safe Harbour Abkommen aufkündigen und neu verhandeln +++ Stärkung des Datenschutzbeauftragten +++	+++ Gesetzlicher Schutz der Whistleblower +++ Beschränkung der Sammlung und Speicherung von Daten +++ Stärkung des Datenschutzes durch die geplante Datenschutzgrund-VO +++	+++ Keine Vorratsdatenspeicherung +++ +++ Personenbezogene Daten spätestens sechs Monate nach der letzten Geschäftsbeziehung löschen +++ Verschärfte Haftungsregeln für Firmen beim fahrlässigen Verlust oder vorsätzlicher Offenbarung personenbezogener Kundendaten +++ Missachtung des Datenschutzes bei Internetverträgen durch Ampelfarbensystem möglich machen +++

Unsere Position						
Das Thema Wettbewerbsfähigkeit muss durch eine Stärkung des Wettbewerbsfähigkeitsrates auch institutionell verankert werden, um so die Rahmenbedingungen für Innovationen, für Unternehmertum und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu verbessern.						
Institutionelles	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
		<p>+++ Schaffung einer „Regulierungsbremse“ – wenn die nationalen Parlamente einen Subsidiaritätsverstoß feststellen, muss das Gesetzgebungsverfahren beendet werden können</p> <p>+++ europaweit einheitliches Wahlrecht für die EP-Wahlen mit einer Sperrklausel +++ Vereinfachung des EU-Gesetzgebungsverfahrens und mehr Transparenz</p> <p>+++ Kommissionsvizepräsidenten sollen einzelne Fachzuständigkeiten bündeln +++ langfristig: Direktwahl des Kommissionspräsidenten</p> <p>+++ Initiativrecht für das Europäische Parlament +++</p>	<p>+++ Ausbau der Kommission zu einer echten EU-Regierung, die dem Europäischen Parlament vollständig verantwortlich ist +++</p> <p>Initiativrecht für das Europäische Parlament +++</p>	<p>+++ Verkleinerung der Kommission um ein Drittel +++ Abschaffung des Europäischen Rates</p> <p>+++ Weiterentwicklung des Ausschusses der Regionen zu einer Subsidiaritätskammer +++</p> <p>Zurückweisungsrecht des Rates von Kommissionsvorschlägen mit qualifizierter Mehrheit +++</p> <p>Vertragsverteidigungsbeschwerde von nat. Parlamenten und Bürgern gegen EU-Organe einführen +++</p>	<p>+++ Verkleinerung der Kommission +++</p> <p>Schrittweise Einführung von europaweiten Wahllisten für die Europawahlen +++</p> <p>Initiativrecht für das Europäische Parlament</p> <p>+++ Ausbau direktdemokratischer Entscheidungsmöglichkeiten +++</p>	<p>+++ Einführung verbindlicher EU-weiter Volksentscheide +++</p> <p>demokratische Kontrolle der Europäischen Zentralbank durch das Europäische Parlament</p> <p>+++ Initiativrecht für das Europäische Parlament</p> <p>+++ Stärkung der Mitbestimmungsrechte des Europäischen Parlaments in allen Politikbereichen +++</p> <p>Alleiniger EU-Haushaltsbeschluss durch das Europäische Parlament +++</p>